



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/KVI/242 - 26. Oktober 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Grewes Mission</u> Rätekrater um Adenauer-Brief an Kennedy Von Franz Barsig	48
2 - 3	<u>Wahrheit und Legende</u> FDP trägt Alleinverantwortung für ihre Koalition	68
4	<u>Wachsende Besorgnis</u> Atomexplosionen zwingen Skandinavien zu umfangreichen Schutzmaßnahmen Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raster	46
5	<u>Druck erzeugt Gegendruck</u> Gefahren der Konfessionalisierung	30
6	<u>Auslandsarbeit stärken!</u> Eine lobenswerte Initiative des Verbandes deutscher Studentenschaften	28
6	<u>Aus dem Zeitgeschehen:</u> <u>Volkslied heute.</u>	22

* * * * *
* * *

Grewes Mission

Von Franz Barsig

Eines ist zuzugestehen: Der deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten, Prof. Grewe, hat es nicht leicht, denn er verhandelt zur Zeit in Washington nur im Auftrage eines amtierenden Regierungschefs, von dem ein genauer Kenner erst kürzlich gesagt hat, er könne sich infolge seines Alters höchstens auf eine Sachfrage konzentrieren, und das sei zur Zeit für ihn die Regierungsbildung. Auf der anderen Seite ist Grewe gezwungen zu verhandeln, denn die Weltpolitik denkt nicht daran, uns zu Gefallen stille zu stehen, bis die Koalitionswehen überstanden sind. Erst gestern und heute hat sich in Berlin gezeigt, wie schnell krisenhafte Situationen entstehen können, völlig unabhängig davon, ob man sich im Palais Schaumburg einig oder uneinig ist.

In dieser Situation hat der deutsche Botschafter dem amerikanischen Präsidenten einen Brief Dr. Adenauers überreicht, der allgemein so geschildert wird, daß er nur die Bonner "Abgrenzungsposition" enthält, daß er aber nicht dem gerecht wird, was der amerikanische Präsident kürzlich in einer öffentlichen Pressekonferenz gefordert hat, nämlich eigene Initiative der Bonner Regierung zur Überwindung der Krisensituation. Wenn die Berichte über den Inhalt des Briefes Dr. Adenauers aber nur halbwegs zutreffen, dann wird er gerade dieser Forderung nicht gerecht.

Es wäre gut, wenn als deutsche Position im Hinblick auf Berlin in diesem Schriftstück festgehalten wäre, daß die enge wirtschaftliche und finanzielle Bindung Westberlins an die Bundesrepublik aufrechterhalten werden muß und daß auch die politischen und verfassungsmäßigen Bande nicht gelöst oder gelockert werden dürfen. Das Problem aber ist doch, wie man das erreicht, nachdem die Sowjetunion mit ihren Freistadt-Plänen genau das Gegenteil beabsichtigt. Hier scheint die Bonner Position sehr steril und unfruchtbar zu sein, denn alle Berichte sprechen nur davon, was die amtierende Bonner Bundesregierung nicht will und was sie den Vereinigten Staaten vorschreibt, unter keinen Umständen zuzulassen. Die Position des deutschen Botschafters ist so nicht leichter geworden, denn man hat schließlich erwartet, daß man aus Bonn endlich einmal hört, wie die Bundesregierung sich eine Lösung der Berlin-, der Deutschlandfrage und des Sicherheitsproblems vorstellt.

Es mag sein, daß diese Betrachtung der Dinge falsch ist. Aber wenn das so ist, dann trägt die Schuld daran die amtierende Bundesregierung, denn keine berufene parlamentarische Instanz, noch die gerade in dieser Zwischenphase verantwortlichen Vertreter der Parteien kennen den Inhalt des Briefes an Kennedy, noch sind die Richtlinien für seine Verhandlungstaktik gemeinsam erarbeitet worden.

Um nicht mißverstanden zu werden: Die SPD beklagt es nicht, daß sie wieder nicht unterrichtet wurde, sie erhebt einen schweren Vorwurf gegen eine amtierende Regierung, die nicht das Recht hat, so zu handeln. 11 1/2 Millionen Wähler kann man nicht einfach in die Ecke stellen, und sie werden eines Tages Rechenschaft fordern. Sie werden dann daran erinnern, daß die Führung der SPD schon in ihrer ersten Sitzung nach den Wahlen festgestellt hat, daß sie nur bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, wenn sie vor Entscheidungen rechtzeitig informiert wurde und wenn sie an diesen Entscheidungen mitgewirkt hat.

Wahrheit und Legende

sp - Es mag sein, dass es noch in dieser Woche zur Unterzeichnung eines Papiers kommt, das sich Koalitionsvertrag zwischen der CDU/CSU auf der einen Seite und der FDP auf der anderen Seite nennt. Welchen Wert dieses Papier hat, wird sich erst bei der geheimen Abstimmung über die Wahl des Bundeskanzlers wahrscheinlich in der kommenden Woche zeigen.

Aber wie immer es auch kommt, die Verantwortung für diesen Koalitionsvertrag tragen allein die Unterzeichner selbst, und es spricht nicht gerade von einem guten Gewissen bei den Freien Demokraten gegenüber ihren Wählern, wenn sie schon heute eifrig darum bemüht sind, eine Legende aufzubauen, wie es zu diesem Koalitionsvertrag gekommen ist.

Der Vorsitzende der FDP, Dr. Mende, versucht es in einem Brief an die "Lieben Parteifreunde" nach der Entscheidung des Hauptausschusses so darzustellen, als wenn die All-Parteien-Regierung unter Adenauer die einzig sichtbare Alternative gewesen wäre, und als die Häufung aller Übel bezeichnet es der Vorsitzende dieser Partei unter der Ziffer 2 dieses Dokumentes "die SPD wäre an die Macht gekommen".

Leider unterstützt diese Legendenbildner auch unverständlicherweise der verdienstvolle Hamburger Bürgermeister Engelhard, der während der ganzen Verhandlungen eine sehr korrekte Haltung eingenommen hat, und der es wahrlich nicht nötig hätte, den Beschluss der Mehrheit der FDP, dem er und die Hamburger Freien Demokraten nicht zugestimmt haben, in dieser Art und Weise zu verteidigen. Auf einer Versammlung in Hamburg hat Engelhard gesagt, die SPD in Bonn sei trotz seiner Bemühungen nicht bereit gewesen, sich klar gegen jedes Zusammengehen mit Adenauer auszusprechen.

Der Hamburger Bürgermeister, der sicherlich nicht dafür verantwortlich ist, übersieht dabei folgende Punkte:

1. Am Anfang aller Gespräche stand ein doppeltes Nein der Freien Demokraten. Einmal keine Koalition unter Adenauer zuzulassen, zum anderen aber niemals eine Regierung mit den Sozialdemokraten zu bilden. Das erste Nein wurde sehr schnell aufgegeben, am zweiten Nein hat sich bis zur Stunde nichts geändert.
2. Die SPD hat von Anfang an den Gedanken der All-Parteien-Koalition verfochten, aber niemals gesagt, dass sie eine solche

All-Parteien-Koalition unter Dr. Adenauer zu akzeptieren oder gar anzustreben bereit ist. Für sie stand am Anfang die Klärung der Sachfragen zwischen den drei Parteien, und wäre diese Bestandsaufnahme zu dritt von Dr. Mende nicht verhindert worden, die FDP wäre nie in die Lage gekommen, in der sie jetzt ist, nämlich sich personellen Ultimaten der CDU/CSU unter demütigenden Umständen beugen zu müssen.

3. Wenn die Freien Demokraten hätten hören und lesen wollen, dann hätten sie nur das Kommuniqué der Sitzung der SPD-Fraktion vom 23. September 1961 zur Hand zu nehmen brauchen (Nr. 199/61), in dem es wörtlich hiess:

"Mit Nachdruck wies der SPD-Vorsitzende darauf hin, dass die Sozialdemokratische Partei und Bundestagsfraktion nicht daran denken, die abgeschlossene Periode der Adenauer-Politik zu konservieren."

Im gleichen Kommuniqué heisst es über die Ausführungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt:

"Wenn eine neue Regierung unter ihrer Beteiligung (der der SPD) gebildet werde, dann müsse sie auf einer völlig neuen Grundlage und unter neuen sachlichen und personellen Voraussetzungen gebildet werden".

So sieht die Wahrheit aus. Die FDP mag ihre Koalition bilden, die - so hat es gestern der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner ausgedrückt - an Haupt und Gliedern für denkbar ungeeignet erscheint, mit den Problemen fertig zu werden, die aussen- und innenpolitisch gelöst werden müssen. Die FDP hat diese Koalitionsbildung aber allein zu verantworten und sie soll sich mit ihrer Entscheidung nicht hinter angeblichen Absichten der SPD verstecken. Das ist schliesslich das mindeste an "Mannesmut", was man von der FDP erwarten darf.

Damit die Legendenbildung aber nicht weiter um sich greift, kündigt die SPD schon heute an, sie werde in Kürze eine Dokumentation veröffentlichen, die Aufschluss über alle Gespräche geben wird, die die Sozialdemokratie seit der Wahlnacht über Fragen der Regierungsbildung geführt hat. Diese Dokumentation wird völlig klar machen, wer die Wahrheit sagt und wer jetzt Schattenspiele aufführen möchte.

Wachsende Besorgnis

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Das Wort Evakuierung und die Frage des zivilen Atomschutzes werden in diesen Tagen überall im Norden mit Ernst und Sorge erörtert. Die Behörden in den skandinavischen Ländern und Finnland sind dabei, Vorbereitungen zu treffen für den Fall, dass die Sowjetunion die von Chruschtschow angekündigte Explosion einer 50 Millionen Tonnen-Wasserstoffbombe durchführen wird. Es ist ein Zufall, dass norwegische Zeitungen gerade zur Zeit ganzseitige Inserate veröffentlichen mit Angaben über Evakuierungspläne für die zivile Bevölkerung in den Großstädten mit der Überschrift "Orientierung der Zivilverteidigung über Pläne der Kriegsevakuierung". Das, wird erklärt, sei reine Routinesache und soll die Bevölkerung mit dem neusten Stand der Evakuierungspläne für den Ernstfall vertraut machen. Mit Kriegsfurcht oder Vorbereitungen für eine akute Kriegsgefahr habe dieser Aufklärungsdienst nicht das geringste zu tun. Über Evakuierung in bezug auf die sowjetischen Explosionsversuche wird aber offen gesprochen, und sowohl Norwegen wie auch Schweden und Finnland werden - falls die 50 Megatonnen-Bombe in der Atmosphäre über dem Bismeer zur Explosion gebracht wird - in einer Weise betroffen werden, die umfassende Evakuierungsmaßnahmen notwendig macht.

Für den ungünstigsten Fall müsste die gesamte norwegische Bevölkerung nördlich Narvik in Sicherheit gebracht werden aus Furcht vor den radioaktiven Auswirkungen der sowjetischen Wasserstoffbombe, und wenn man auch annehmen muss, dass die Russen Vorsichtsmaßnahmen treffen, wird auf jeden Fall damit gerechnet, dass die Evakuierung des gesamten Lapplands mit ihren Tausenden von Nomaden unumgänglich ist.

Darüber hinaus hat die schwedische Regierung andere Schutzmaßnahmen eingeleitet, um die Zivilbevölkerung vor erhöhter Radioaktivität zu schützen, darunter z.B. Ausgehverbot und Ähnliches. Ebenso soll die Errichtung von strahlungssicheren Luftschutzkellern in Neubauten beschleunigt werden. Andererseits sind die Gelehrten sich nicht einig darüber, wenn es darum geht, im voraus festzustellen, welche gesundheitsschädlichen Wirkungen die grosse sowjetische Wasserstoffbombe haben kann.

Die Stimmung Moskau gegenüber nach der Zündung der 50 Megatonnen-Bombe und vor der vermutlichen Explosion einer noch grösseren Wasserstoffbombe ist überall in den skandinavischen Ländern erbittert, und nicht alle Kommunisten stellen sich unbekümmert. So haben die 2 700 Bergarbeiter des nordschwedischen Erzbergbaus, die überwiegend kommunistisch sind, ein einstimmiges Protestschreiben an die sowjetische Regierung beschlossen. Protestmärsche, Petitionen und öffentliche Erklärungen gegen die sowjetische Versuchsreihe sind täglicher Ausdruck der wachsenden Unruhe. Auf der anderen Seite lässt sich die skandinavische Bevölkerung nicht von Moskau einschüchtern. Im Gegenteil, die allgemeine Reaktion ist so, dass man von einer gewaltigen psychologischen Fehlleistung der Sowjetunion sprechen muss. Für die kommunistische Ideenwelt hat Chruschtschows Bombenpolitik noch mehr zerschlagen als je zuvor seit der Ungarn-Katastrophe vor fünf Jahren.

Druck erzeugt Gegendruck

L.Sch. - Die in Rheinland-Pfalz seit Jahren von der CDU und den von ihr gestellten Ministern für Unterricht und Kultus kompromittiert und zäh betriebene Konfessionalisierung des Schulwesens führt immer wieder zu bedauerlichen Folgeerscheinungen. Das besonders im letzten Bundestagswahlkampf aus Unionskreisen so gern und oft erwähnte "friedliche Nebeneinander" der Konfessionen wird in der schulpolitischen Praxis dieses Bundeslandes Lügen gestraft. Daß Druck auch auf diesem Gebiet notwendigerweise Gegendruck erzeugt, mußte die Landesregierung in dieser Woche einmal mehr zur Kenntnis nehmen.

In der kleinen pfälzischen Gemeinde Ludwigswinkel bei Pirmasens kam es am Wochenanfang zu einem Schulstreik. Dreißig protestantische Schüler der Unterstufe blieben auf Geheiß ihrer Eltern dem Unterricht fern. Grund dieses spektakulären Protestes: ihre evangelische Lehrerin, mit einem katholischen Forstbeamten verheiratet, hatte ihr neugeborenes Kind während der Herbstferien katholisch taufen lassen. Nachdem ihr die Evangelische Landeskirche daraufhin die Ermächtigung zur Erteilung des Religionsunterrichts an der protestantischen Volksschule entzogen hatte, gingen die Eltern noch einen Schritt weiter und bestritten ihr auch das Recht, protestantische Kinder künftig in den übrigen Fächern zu unterrichten.

Bei dem recht liberalen Charakter des Protestantismus in der Pfalz müßte diese Haltung überraschen, wenn man sie nur aus größerem Abstand sieht. Ihre Erklärung findet sie jedoch in der Tatsache der von der Landesregierung ausgehenden Tendenz strenger konfessioneller Unterscheidung.

Der rheinland-pfälzische Kultusminister muß nun auch in diesem Falle ernten, was er gesät hat. Er hat bereits zugesagt, für eine gemeinsame Versetzung des Förster-Lehrer-Ehepaares zu sorgen. Er mußte dabei aber auch zur Kenntnis nehmen, daß der evangelische Bevölkerungsteil von Rheinland-Pfalz die Herausforderung der Konfessionalisierung sehr ernst zu nehmen begonnen hat.

Auslandsarbeit stärken!

sp - Das Ringen um die Selbsterhaltung unseres geteilten Vaterlandes und um die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes findet auf vielen Ebenen statt. Es ist ein Kampf, dessen Ausgang auch darüber mitentscheidet, ob Europa und die Welt zur Ruhe kommen können. Die herkömmlichen diplomatischen Kanäle genügen heute nicht mehr zur Verdolmetschung des Willens der Deutschen, in Freiheit, ungeteilt und in Sicherheit zu leben. Dazu bedarf es zusätzlicher Mittel und Methoden. Hier kann und soll die deutsche Jugend zu Worte kommen, hier eröffnen sich ihr grosse und schöne Aufgaben.

Die Anregung des Verbandes Deutscher Studentenschaften, einen aus öffentlichen Mitteln gespeisten Fonds zu bilden, der jungen Studenten das Studium in Entwicklungsländern ermöglicht, sollte nicht unter den Tisch fallen. Gerade die Entwicklungsländer erfreuen sich einer besonderen Aufmerksamkeit der Beherrscher Mitteleuropas. In Scharen werden Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation FDJ in diese Länder geschickt und was sie dort, nicht gerade ungeschickt, tun, lässt sich an dem schauerlich verzerrten Bild ablesen, das manche Führer dieser neuen Staaten über die Bundesrepublik haben. Afrikareisende wissen von der ostzonalen Propagandaflut zu berichten, mit der diese Länder überschwenmt werden. Zwar ist von einsichtigen deutschen Botschaftern schon manches geschehen, die Wirkung dieser Propaganda durch eigene Aktionen zu begrenzen, aber dies reicht alles in allem doch nicht aus.

Die Verwirklichung der Anregung des Verbandes Deutscher Studentenschaften würde hier grosse Lücken ausfüllen. Wer anders wäre besser berufen, den entwicklungs-fähigen Staaten - und sie umfassen ein Drittel der Menschheit - ein wahres Bild von der Bundesrepublik zu vermitteln als junge, um die Gestaltung der Zukunft ringende Menschen? Hier ist noch notwendige, ja unaufschiebbare Pionierarbeit zu leisten.

+ + -

Aus dem Zeitgeschehen:

Volkslied heute

Wunschkonzert im Radio. - Es ist wie in schlimmen Zeiten, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Die Front grüsst nicht mehr die Heimat, und aus der Heimat kommen auch nicht mehr die propagandistisch gesteuerten Parolen für die Front. Man hört keine Feldpostnummern, doch man sieht die Menschen wie einst am Radio sitzen und lauschen.

Alle Lieben aus Frohnau grüssen ihre Pankower, Mütter aus Schöneberg wünscht dem Sohn in Weissensee alles Gute, und die Schwester aus Steglitz avisiert ein Liebesgabenpäckchen für den Bruder in Köpenick. O nein, Namen von Familienangehörigen im Osten werden nicht genannt oder nur angedeutet. Das ist heute ja gefährlicher, als damals das Geheimnis der Feldpostnummern zu lüften.

Und dann hört man plötzlich, wie ganz alte Volkslieder wieder einen neuen Klang haben. Lieder, die keiner mehr sang und die so mancher, ganz ehrlich gesagt, als zu sentimental empfand. Jetzt werden sie wieder beim Rundfunk bestellt, und nun sind sie wieder schön und bedeutungsvoll.

Die Familie aus dem Westen Berlins hat sich für die Angehörigen im Osten der gleichen Stadt "Wenn ich ein Vöglein wär" bestellt. Ach ja, ebe war's noch so kitschig, zu singen: "... und auch zwei Flüglein hätt' - flög' ich zu dir".

Doch das jetzt zu hören, an die Mauer zu denken und dann von einem alten Volkslied nicht ergriffen zu sein - das ist schwer, sehr schwer sogar ... (Entnommen dem "Telegraf", 25. 10. 61)

Verantwortlich: i. V. Albert Exler